

Dienstag (Vormittag), 16. März 2021 / Mardi matin, 16 mars 2021

**2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**67 2020.RRGR.357 Motion 269-2020 Müller (Orvin, SVP)
Corona: Nur nachvollziehbare Schritte werden auch befolgt**

**67 2020.RRGR.357 Motion 269-2020 Müller (Orvin, UDC)
Coronavirus : des mesures sensées pour une meilleure adhésion de la population**

Fortsetzung / Suite

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Ich begrüsse Sie herzlich zur Dienstagssitzung der Frühlingssession. Es ist der Dienstag der zweiten Woche, das heisst, wir haben noch einmal eine Abendsitzung heute. Wir brauchen also etwas Ausdauer. Wir sind beim Traktandum 67 stehengeblieben, Motion von Grossrat Mathias Müller «Corona: Nur nachvollziehbare Schritte werden auch befolgt». Wir sind mitten in den Fraktionsvoten, und ich gebe als Erster für die SVP-Fraktion das Wort an Grossrätin Sandra Schneider.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Seit gut einem Jahr befinden wir uns im Corona-Strudel. Es wurden zig verschiedene Massnahmen kommuniziert, vom Bundesrat, von der wissenschaftlichen Taskforce empfohlen und vom Kanton Bern selbst. Manchmal waren die Massnahmen sicher sinnvoll. Andere haben jegliche Logik vermissen lassen. Es konnte mir bis heute niemand erklären, warum es sinnvoll ist, die Personenzahl in Läden zu kontingentieren, wenn die Leute im öffentlichen Verkehr auf viel kleinerem Raum enger zusammensitzen müssen. Oder wieso musste man die Restaurants um 7 Uhr schliessen? Wieso hat man die Restaurants generell geschlossen und damit den Arbeitern in der kältesten Zeit das warme Essen verwehrt, lässt aber Mensas in Gymnasien und Büros et cetera offen? Wer hat eigentlich bestimmt, was täglicher Bedarf ist und bestimmt, dass ich nicht in einer Buchhandlung ein Buch kaufen kann, sondern ein Buch nur online bestellen kann? Wieso konnte man im Detailhandel Badekleider kaufen, nicht aber Handschuhe? Hallo, Logik! Zugegeben, viele dieser genannten Massnahmen wurden nicht vom Kanton Bern beschlossen. Aber der vorliegende Vorstoss gibt dem Regierungsrat die Möglichkeit, unsere Bedenken in den Bundesrat zu tragen. Denn schlussendlich befolgt die Bevölkerung nur die Massnahmen, die für sie nachvollziehbar und sinnvoll sind. Das war bei den meisten Massnahmen oft nicht der Fall. Das hat gestern Abend Mathias Müller, und das by the way in einem beachtlichen Tempo, erläutert. Die SVP wird den Vorstoss grossmehrheitlich annehmen und bittet Sie, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Ich will keine Diskussionsführung über den Detailhandel, welche Produkte man vielleicht kaufen konnte und welche abgedeckt waren. Das ergab wirklich nicht immer Sinn. Aber da kann der Regierungsrat natürlich nichts dafür. Der Motionär verlangt ja, dass die Covid-Massnahmen folgende Kriterien erfüllen, ich nenne sie bewusst noch einmal: Effektivität gemäss aktueller Faktenlage, Nachvollziehbarkeit durch Vorlegen entsprechender Fakten et cetera, et cetera. Nun das ist jetzt eben so richtig schwierig mit dieser Forderung. Wer definiert das? Was ist die einzig richtige Faktenlage? Es geht schlussendlich um eine Pandemie. Die letzte war die Spanische Grippe. Das war 1918 und 1919, ebenfalls mit unglaublichem Leid und hoher Sterblichkeit. Niemand von uns, ob Stufe Kanton, Bund oder Gemeinde hat somit praktische Erfahrungen mit dem Umgang mit einer solchen Pandemie, verursacht, wie 1918 auch, durch ein respiratorisches Virus. Ausser man liest Geschichtsbücher oder die medizinische Literatur aus diesen Zeiten. Natürlich haben wir jetzt im Verlauf eigene Erfahrungen gemacht. Das ist ganz klar. Interessant ist ja, dass die wenigen, die das gelesen haben, vielleicht auch niemand: Gehen Sie es lesen von 1918 und 1919. Man hat damals nämlich schon publizierte Daten. Diese zeigen klar, dass die Fachleute damals durchaus auch in der Lage waren, die Interventionen, die sie gemacht haben,

und auch deren Auswirkungen zu interpretieren. Zu frühe Lockerungen haben auch damals zu einer Zunahme von Infektionen geführt und die Einführung von strengen Massnahmen beispielsweise in amerikanischen Grossstädten hatten rasch einen Rückgang der Infektionen und Todesfälle zur Folge. Welche Massnahmen sind eben jetzt richtig? Wer definiert die Faktenlage? Nach welchen Kriterien? Nach welchen Quellen?

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Regierungsrat einen sehr guten Job machte, auch wenn man selbstverständlich über einzelne Massnahmen diskutieren kann. Wir waren vielleicht auch nicht immer 100-prozentig zufrieden. Aber der Regierungsrat handelt nach dem besten Wissen und Gewissen. Die richtige Lösung, gross und fett geschrieben, kennt wirklich niemand. Trotzdem versucht der Regierungsrat das aktuelle Wissen zu berücksichtigen um auch Lockerungsschritte verantworten zu können. Das ist natürlich auch im Sinne der FDP-Fraktion.

Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade jetzt wieder aktuell Italien und Frankreich wieder lokale oder generelle Lockdowns beschliessen müssen. Insbesondere müssen wir auch – das sage ich als FDP-Vertreter – immer an die Wirtschaft denken, die wahnsinnig leidet. Da sind wir uns einig.

Aber einen weiteren harten Lockdown, wenn man einen solchen machen müsste, können wir uns wirtschaftlich nicht mehr leisten. Deshalb müssen wir wirklich vorsichtig bleiben, auch wenn einmal ein Entscheid nicht immer genau nachvollziehbar ist. Natürlich wollen wir durch die Vorsicht auch an weitere Erkrankungen und Todesfälle erinnern, die durchaus auch jüngere treffen können. Ich kenne genug Personen in meinem Bekanntenkreis, auch Personen, die verstorben sind, oder schwere Folgeschäden haben. Man muss nicht 80-jährig sein, damit einem dieses Virus massiv schädigt.

Zusammenfassend ist die FDP-Fraktion für die Annahme der Motion. Wir können es selbstverständlich nachvollziehen, dass man nicht immer zufrieden war mit diesen Entscheiden, aber trotzdem ist die Fraktion der Meinung, dass man es abschreiben soll gemäss den Ausführungen, die ich machte.

Präsident. Wenn wir schon beim Coronathema und Vorsicht sind: Diejenigen, die noch ihren Test abgeben wollen, können das noch bis um 10 Uhr draussen bei André machen.

Sprecherin der grünliberalen Fraktion ist Grossrätin Barbara Stucki.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Der Motionär beauftragt die Regierung effektive, nachvollziehbare, befristete und frühzeitig kommunizierte Massnahmen im Zusammenhang mit Corona zu treffen um grössere Kollateralschäden zu vermeiden. Der Kanton Bern soll zeigen, dass er Corona kann. Hmm, ja... Tatsächlich kann man sich fragen, warum beispielsweise religiöse Veranstaltungen stattfinden durften, aber private, beispielsweise auch eine Ziviltrauung, dann nicht. Nichtsdestotrotz ist die grünliberale Fraktion der Meinung, dass die Berner Regierung in diesem Corona-Jahr einen guten Job machte. Wir hoffen, dass wir die Regierung schon bald nicht mehr an Corona-Massnahmen messen müssen, weil Corona weder unseren Alltag, die Medien oder das politische Arbeiten dominiert.

Wir teilen die Forderungen von Grossrat Müller mehrheitlich und werden diese Motion darum unterstützen. Wir sind aber der Meinung, dass mit den Corona-Dashboards, die der Öffentlichkeit im Internet und in den Medien frei zugänglich sind, die Forderung der Nachvollziehbarkeit erfüllt ist. Die Berner Regierung hat in der Vergangenheit immer direkt nach den Bundesratsentscheiden die Umsetzung im Kanton Bern kommuniziert. Damit ist für unsere frühzeitige Kommunikation so weit wie möglich umgesetzt. Die Effektivität und die Befristung liegen unserer Ansicht nach nicht nur in der Hand der Regierung. Die Berner Regierung stützt sich bei den Massnahmen auf den Bundesrat. Dieser wiederum hat seine Fachleute und die Beobachtung von Erfolgen und Misserfolgen in der Schweiz und im Ausland. Wie effektiv die umgesetzten Massnahmen aber am Ende tatsächlich sind und wie schnell man wieder lockern kann, hängt sehr stark mit jeder einzelnen Person zusammen. Halten wir den Abstand ein? Halten wir uns an die Hygieneregeln? Beschränken wir unsere Kontakte wirklich auf das Notwendige?

Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass die Berner Regierung diese Forderungen bestmöglich umsetzt und unterstützen darum auch die Abschreibung dieser Motion.

Merci für die hier geleistete Arbeit der Regierung in Sachen Corona.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Ich möchte Ihnen ein wenig erzählen, wie es mir vor ziemlich genau einem Jahr ging, als es so richtig losging mit diesen Infektionszahlen, als man diese Bilder sah aus Italien, als man aus dem Tessin Hilfeschreie hörte. Ich lebe in einer Kommunität in der Stadt Thun und ich habe mir überlegt: «Ja, was passiert, wenn das Spital Thun überlastet wird? Wenn auf der Intensivstation gar nicht genug Betten da sind?» Ich habe mit den Leuten, die in diesem Haus

wohnen gesprochen und gefragt: «Könnten wir Leute aufnehmen? Könnten wir diese aufnehmen, die vielleicht nicht todkrank sind, aber vielleicht doch irgendeine Betreuung brauchen?» Ich habe geforscht, wie chinesische Ärzte in dieser Zeit Patienten behandeln. Ich las von Vitamin-C-Hochdosistherapie. Ich las von Vitamin D. Darauf kommen wir im nächsten Traktandum zurück. Ich las, dass andere Länder, zum Beispiel auf Artemesia, das bei Millionen von HIV-Patienten in Afrika eingesetzt wird, zurückgreifen. Ich habe mich mit all dem eingedeckt und mich vorbereitet um Menschen helfen zu können, falls unser Gesundheitswesen überlastet ist. Ich habe es damals sehr ernst genommen. Die EDU-Fraktion nahm die Corona-Situation von Anfang an sehr ernst. Wir haben auch die Massnahmen des Regierungsrates über lange Zeit gestützt und unterstützt. Wenn man jetzt auf das Jahr 2020 zurückschaut, kann man sehen, dass im zehnjährigen Durchschnitt 0,797 Prozent unserer Bevölkerung jedes Jahr im Durchschnitt gestorben sind. 2020 waren das 0,88 Prozent. Das klingt nicht nach viel mehr, aber es sind doch 7500 Menschen mehr als erwartet, die gestorben sind. Statistisch kann man sagen, ist zu 99,9 Prozent sicher, dass das nicht auf eine zufällige Schwankung zurückzuführen ist. Also wir wissen eigentlich alle hier drin: Covid-19 ist viel ernster als eine normale Grippe. Ich denke, das ist klar, das ist auch aus der erhöhten Sterblichkeit aus dem Jahr 2020 klar.

Es ist auch klar, brauchte es Massnahmen. Wie ich bereits erwähnte, hat die EDU-Fraktion diese Massnahmen über lange Zeit mitgetragen. Für uns ist nun aber der Punkt 5 der Motion von Mathias Müller, nämlich die Vermeidung von grösseren Kollateralschäden, nicht mehr gegeben angesichts der aktuellen Lage und angesichts der Entspannung im Gesundheitswesen und auf den Intensivstationen und angesichts der doch kontinuierlich sinkenden Fallzahlen und angesichts der Tatsache, dass immer mehr Personen nun auch doppelt geimpft sind. Besonders auch die vulnerablen Bevölkerungsgruppen durften bereits eine doppelte Impfung haben. Man geht ja davon aus, dass diese auch sehr effektiv sein soll. Für uns sind die aktuellen Einschränkungen darum nicht mehr tragbar anhand der aktuellen Faktenlage. Ob man das denn in zwei, drei Jahren auch so beurteilt ist noch offen. Ich bin mir bewusst, dass es ganz schwierige Entscheide sind, die der Regierungsrat zu treffen hat. Mir geht es an dieser Stelle nicht darum, den Regierungsrat zu kritisieren, sondern mehr, zu sagen, dass er von der EDU-Fraktion her grünes Licht hätte um im Rahmen der Möglichkeiten deutliche Lockerungen sobald wie möglich durchzuführen. Wir werden darum diese Motion auch nicht abschreiben.

Ich möchte einfach noch einige Gedanken mitgeben. Man hat jetzt in der ganzen Corona-Pandemie Leben retten wollen. Das ist auch recht gut gelungen mit all diesen ganz drastischen Massnahmen, als der Lockdown kam im Kanton Bern bei 50 bestätigten Fällen, wirkte das drastisch. Wir mussten unser Haus nicht für sterbenskranke Menschen aufmachen, weil das Spital gut damit zurechtkam. Wenn man aber Leben retten will und wenn man schaut, was für drastische Massnahmen beschlossen wurden, dann sehe ich einfach eine Diskrepanz. Ich musste mich einfach daran erinnern, wie lange Ruedi Löffel hier in diesem Rat vor 20 und vor 15 für einen besseren Passivraucherschutz gekämpft hat, der auch vielen hundert Menschen das Leben gerettet hat. Wir haben noch immer einige hundert Verkehrstote. Wieso haben wir nicht eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 Stundenkilometern oder 60 Stundenkilometern auf der Autobahn? Das würde auch Menschenleben retten.

Wir konsumieren im Durchschnitt viermal so viel Zucker, als die Weltgesundheitsorganisation sagt, eigentlich gegenüber unserer Gesundheit verantwortlich ist. Das heisst, es gibt Personen, die acht- oder zehnmal so viel Zucker zu sich nehmen, als die WHO eigentlich sagt, man sollte. Auch dort könnte man viele tausend Menschenleben retten, wahrscheinlich mit einer Zuckersteuer. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Wieso macht man das nicht?

Ich komme bald zum Schluss, danke. Oder Tabakprodukte könnten wie in Australien doppelt so teuer sein als hier. Das würde ja viele Menschenleben retten. Also wenn man die gleiche Vehemenz, die jetzt bei den Coronamassnahmen getroffen wurde, auf diese Bereiche anwenden würde, hätte man doch ganz andere Resultate, wenn man wirklich noch mehr Menschenleben retten will. Dies einfach als ergänzende Gedanken.

Beatrice Eichenberger, Biglen (Die Mitte). Seit Ausbruch der Pandemie sind unsere Diskussionen hier im Rat von Corona geprägt. Das ist unbestritten auch unsere Aufgabe, dass wir versuchen mit konstruktiven Lösungen und eben auch Forderungen, die Situation in den Griff zu bekommen können. In den meisten Debatten – so ist meine Wahrnehmung – ist über alle Parteien hinweg demütig anerkannt worden, dass der Regierungsrat dezidiert anpackte, entschied und auch umsetzte. Es

war laufend ein Wettkampf gegen die Zeit und ist eben leider immer noch einer. Das wissen wir alle hier drin. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass der Regierungsrat seine Entscheidungen nach Fakten getroffen hat und darum werde ich nicht länger: Wir werden die Motion annehmen und abschreiben.

Antonio Bauen, Bern (Grüne). Effektivität – sicher sind wir da dafür. Aber wir sind auch voll überzeugt, dass der Regierungsrat sein Möglichstes machte, um in dieser Krise einen klaren Kopf zu haben, um unsere Bevölkerung möglichst gut zu schützen und das Nötige zu machen. Es ist ganz schwierig, in einer Situation, in der man nicht weiss, was in 14 Tagen ist, Massnahmen zu ergreifen, die dann wirken sollen.

Es war ganz wichtig, dass er sich einig war, und dass er trotz diesen Schwierigkeiten und trotz den vielen unterschiedlichen Faktenlagen, die man hatte, den vielen Informationen, den vielen Studien, aber auch den Vorgaben des Bundes natürlich, schlussendlich einen kleinen Spielraum hatte um zu handeln. Und trotzdem haben wir den Eindruck, dass das sehr gut gemacht wurde. Für uns waren diese Sachen auch nachvollziehbar, auch wenn es logischerweise bei gewissen Massnahmen auch Widersprüchlichkeiten gibt.

Die Kommunikation – ich denke nur gerade auch an den Bereich der Bildung und die Kommunikation zu den Schulen – hat ja auch dort hervorragend geklappt. Es war gar nicht einfach, dort eine so grosse Klientel schnell zu bedienen mit Informationen. Nebst dem konnten ja die Schulen selbst natürlich sehr schnell diese Sachen umsetzen und haben dort vorbildlich reagiert.

Die Befristung hatten wir auch. Die Vermeidung von Kollateralschäden, das wäre noch ein Punkt. Das ist immer schwierig vor auszusehen. Aber hier erscheint es uns, dass auch im Zusammenhang mit der Effektivität ein solcher Vorstoss nicht unbedingt förderlich ist. Auch dieser Vorstoss hat Kollateralschäden. Er blockiert ein Stück weit wertvolle Zeit des Regierungsrates, während der er sich mit solchen Sachen befassen muss, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sind.

Wir bedauern ein Stück weit solche Vorstösse, in denen man Sachen fordert, die zwar grundsätzlich richtig sind, aber eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit sind, die nach unserer Auffassung vom Regierungsrat auch eingehalten wurden. Wir können das nur als Versuch abtun, über ein leidiges und schwieriges und mit viel Leid behaftetes Problem, das wir hatten, eine populistische Propaganda zu machen und wir lehnen solches wirklich strikte ab.

Stattdessen möchten wir den grossen Dank dem Regierungsrat aussprechen und allen, die sich für das Wohl in diesen schwierigen Lagen für alle einsetzten. Wir möchten uns auch bei denen bedanken, die wirklich Verantwortung tragen mussten, und nicht nur frei sagen können, dass man dies und das machen solle, ohne wirklich selbst Verantwortung zu tragen.

Wir Grünen nehmen diesen Vorstoss grundsätzlich an, aber schreiben ihn ganz klar auch ab.

Präsident. Wir kommen zu Einzelsprechern. Zuerst Grossrat Markus Wenger.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Man hat es bereits gehört. Wir sind jetzt ungefähr ein Jahr mit Corona unterwegs. Es ist wirklich gerade ein Moment, in dem wir innehalten können und zurückschauen, was in diesem Jahr passiert ist. Viel Respekt hatten wir bei der ersten Welle und grosse Unsicherheiten. Relativ bald hat man aber danach auch gemerkt, dass uns dieser Käfer nicht einfach so gerade umbringt, dass es wohl Risiken gibt, aber dass es auch Möglichkeiten gibt, damit umzugehen.

Unsere Behörden, sowohl im Kanton wie auch im Bund, haben gute Entscheide getroffen. Durch die raschen Umsetzungen von diesen Massnahmen konnte man verhindern, dass wir ähnlich wie in den Nachbarländern die ganze Wirtschaft abmurksten. Der grösste Teil der Wirtschaft lief. Man konnte werken. Einzelne Branchen hat es hart getroffen. Und diese, ja, da habe ich das entsprechende Mitgefühl mit diesen Betrieben. Wir haben nun hier einen Vorstoss, der eigentlich sehr viele Fragen an unsere Behörden stellt, die nach meiner Auffassung in diesem Zeitpunkt völlig ungeRechtfertigt sind. Nein, ich möchte Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg und seiner Mannschaft ganz herzlich danken. Sie haben einen guten Job gemacht in einer schwierigen Zeit. Das verdient seine Anerkennung. Ich habe aber auch etwas anderes mitgebracht, es ist zwar wieder aus Glas, wie man es etwa kennt von mir: ein Spiegelchen. *(Grossrat Wenger zieht einen Handspiegel aus seiner Tasche und hält diesen in die Höhe. / Le député Wenger sort un petit miroir de sa poche et le montre.)* Mit diesem Spiegelchen bitte ich Sie, doch selbst einmal in den Spiegel zu schauen, wie Sie in dieser schwierigen Zeit Ihren Job gemacht haben. Es ist nicht primär unsere Aufgabe als Parlamentarier irgendwo aufzuhetzen, irgendwo herumzunörgeln, sondern unsere Zeit sollen wir doch einsetzen

zen zur Ermutigung. Diejenigen, die es schwer haben, zu ermutigen. Vielleicht halt irgendwo im Briefkasten der Dorfbeiz eine Note hineinzulegen. Irgendwo, wo es ein Take-Away gibt, halt grosszügig aufrunden. Das macht in der Regel viel mehr aus, als der reine Frankenbetrag, der geflossen ist. Helfen wir dort zu erklären, wo die Leute vielleicht nicht unbedingt gerade verstehen, was das jetzt soll. Selbstverständlich waren nicht alle Entscheide, die getroffen wurden, richtig. Verschiedentlich musste man nachbessern oder korrigieren. Wer selber Entscheide trifft und beispielsweise ein Unternehmen führt, weiss, dass das Alltag ist. Und genau dort den Mut zu haben um hinzustehen und zu sagen: «Jetzt müssen wir korrigieren» ist wichtig und richtig. Annehmen, abschreiben.

Alexander Feuz, Bern (SVP). Ich unterstütze diese Motion ganz klar. Ich danke selbstverständlich der Regierung und allen Personen im Gesundheitsdienst, die hier gegen Covid kämpfen. Aber wir müssen ganz klar sagen: Wir müssen lernen, mit Corona/Covid zu leben. Das wir uns noch lange begleiten und denken Sie daran: Es ist tragisch für jeden Einzelfall, aber Sie müssen jetzt in anderen Ländern andere Situationen anschauen. Ich mache Ihnen ein Beispiel, das ich aus eigener Anschauung kenne, als es in der Mongolei einen Tollwutfall gab im Westen. Dort gibt es eine Letalität von 60, 70 Prozent. Dass man dort ganze Städte und ganze Aimaks – das sind Kantone und Bezirke – abriegelt, ist völlig klar. Aber wir haben hier gewaltige Kollateralschäden. Denken Sie an die Fälle der Wirte. Denken Sie an die Jungen, die die sozialen Kontakte nicht mehr haben. Personen, die psychische Schwierigkeiten haben. Denken Sie auch an das. Wir müssen aufpassen, dass wir hier die Sache wirklich effizient anschauen. Die Bevölkerung trägt die Massnahmen, bei denen man einfach sieht, dass sie keinen Sinn haben – Beispiel: Rosengarten vor 14 Tagen, sie dürfen nicht auf die Terrassen gehen. Dort hätten Sie die nötigen Schranken. Nein, jetzt sitzen alle Leute auf dem Mäuerchen. Das sind alles solche Beispiele. Wir haben auch diese Fälle – ich will sie nicht noch einmal erwähnen, aber ich muss es trotzdem sagen: Die Bordelle sind offen, die Bibliotheken und so hatten wiederum geschlossen. Das ist etwas, das man nicht mitträgt. Darum dürfen Sie diese Sachen nicht abschreiben.

Noch etwas zu den Spitälern: Das haben mir Kollegen, die in leitenden Positionen sind, teilweise in ausserkantonalen Spitälern gesagt. Es gab immer Fälle, in denen ein Kanton nach den Kapazitätsgrenzen überlastet war. Das kann ein Car-Unfall sein und ein Norovirus in einem Altersheim. Dann haben Sie ein Problem in einem kleineren Kanton. Schauen Sie diese Sache genau an. So wie diese Motion formuliert ist, darf man sie nicht abschreiben. Wir müssen lernen damit zu leben. Wir können nicht bis ins Jahr 2024, 2025 so weiterfahren, sonst sind die Kollateralschäden viel grösser. Darum danke ich dem Motionär und allen, die sich gegen die Abschreibung aussprechen.

Reto Müller, Langenthal (SP). Ich dachte, wie das vorher auch gefordert wurde, dass der letzte Einzelsprecher eben nicht von der SVP sein sollte, weil es aus meiner Sicht dieser Arbeit, die in den Regierungen sowohl in der Schweiz nicht gerecht werden würde. Ich finde nämlich auch, dass die Regierungen hier einen sehr guten Job machen. Und es ist ein sehr schwieriger Job, den sie im Moment machen müssen.

Samuel Kullman hat schon ein wenig davon angefangen. Ich finde es eine sehr spannende Frage. Es ist eine philosophische Frage vom stoischen Piraten Mathias Müller, über den er wirklich auch in seinem Samstagsblog einmal diskutieren könnte: Welche Regeln ergeben Sinn? Welche Gesetze ergeben Sinn? Welche lassen wir besser sein? Das kann man sich aber auch im normalen Leben zu überlegen beginnen: Was ergibt denn wirklich Sinn hier bei uns? Es ist erlaubt, sich jeden Abend mit Alkohol die Birne zu füllen, aber es ist nicht erlaubt, sich jeden Abend vollzukiffen. Ergibt das Sinn oder nicht Sinn? Oder ich kann ein Beispiel nehmen, das Ihnen vielleicht sympathischer ist. Ich kann sagen, dass ich mit meinem Fiat Panda Erdgas 120 km/h fahren darf auf der Autobahn, aber mein Bremsweg ist wahrscheinlich viel der längere als der von Grossrat Rappa in der Videokonferenz mit dem Porsche Panamera. Aber wir dürfen beide 120 km/h fahren. Ergibt das Sinn oder ergibt das nicht Sinn? Auch im Sinne des Schutzes des Lebens.

Es geht im Moment auch um Wahrscheinlichkeitsrechnung. Wie wahrscheinlich ist, dass ein Ereignis eintritt, mit oder ohne gewisse Massnahmen? Natürlich können wir uns lange überlegen, ob es nun Sinn ergab, dass man noch Ski fahren durfte, aber nicht mehr ins Fitnesscenter. Ist das jetzt verhältnismässig oder nicht? Das ist eine Frage, die man sich durchaus stellen darf. Aber meine lieben Leute: Es ist auch hier in der Verantwortung der Regierungen innerhalb dieser Demokratie, dass sie sich diesen Fragen stellen und für diese Massnahmen, die sie ergreifen, nachher auch die Verantwortung für uns alle übernehmen. Ich stelle einfach fest: Insbesondere aus meiner Sicht,

Entschuldigung, die Parlamente machen nicht einen sehr guten Job innerhalb dieser Krise, nämlich auch, dass sie anfangen Verunsicherungen zu legen oder streuen. Und auch das macht der Bevölkerung grosse Mühe. Insofern will ich doch noch einmal an diesem Pult dazu aufrufen, dass wir die Massnahmen, die unsere Regierung hier beschliesst, die man auch teilweise kritisch durchleuchten darf, nach aussen doch auch relativ unkritisch mittragen und auch in diesem Sinne unserer Regierung den Rücken stärken.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Mathias Müller hat gestern diese Motion unter anderem damit begründet, dass Zweifel und Widerstände in der Bevölkerung wachsen würden. Insbesondere unter diesen, sagte er wortwörtlich, die rationalen Argumenten zugänglich seien. Da hat es mich dann schon gerade etwas geschüttelt. Das würde ja im Umkehrschluss bedeuten, dass alle, die nicht zweifeln, die das annehmen, nicht rationalen Argumenten zugänglich wären.

Ich kann nachvollziehen, dass diese Pandemie bei jemandem, der ein bipolares Denken hat, Schwierigkeiten macht. Also, wenn es einfach Schwarz und Weiss gibt, keine Grautöne. Wenn der Feind nicht mehr einfach im Osten ist. Wenn man ihn nicht einfach durch eine Panzersperre aufhalten kann. Wenn er unter uns ist, wenn ich nicht in ein Reduit kann, sondern es im Gegenteil genau dann gefährlich wird, wenn ich mit anderen eng zusammen ins Reduit gehe. Das hat man nämlich auch in der spanischen Grippe gemerkt, als man sie zusammennahm, wurde es noch schlimmer. All diese Sachen kann ich nachvollziehen. Aber nachher daraus den Schluss zu ziehen, es sei nicht faktenbasiert, das kann ich nicht nachvollziehen. Wer behauptet, der Regierungsrat handle nicht faktenbasiert, wer behauptet, diese Massnahmen seien nicht befristet – sie sind alle befristet – wer behauptet, die Schweiz sei eine Diktatur – das wurde jetzt hier wortwörtlich so nicht gesagt, aber es wurden auch Argumenten aufgenommen, die im Bund gesagt wurden – oder wer mit einem Vorrat an Vitamin D Todkranke bei sich zuhause aufnehmen will... Excusez, das sind für mich nicht rationale Argumente, so jemand ist nicht rationalen Argumenten zugänglich und argumentiert auch nicht faktenbasierend, sondern das ist einfach schlichtweg krank. Fertig.

Präsident. Ich frage noch Herrn Müller, ob er noch vor oder nach der Regierung sprechen will. Er hat noch einmal das Wort: Motionär Mathias Müller.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Zuerst einmal Danke für diese Diskussion. Es war eine spannende Diskussion. Ich möchte auf zwei, drei Sachen eingehen.

Hannes Zaugg: Wahrscheinlich haben Sie mich falsch verstanden. Ich sagte, wir sollten diejenigen nicht verlieren, die rationalen Argumenten zugänglich sind. Wenn wir die dann auch noch verlieren, dann haben wir definitiv verloren. Die anderen, von denen habe ich gar nicht gesprochen. Also das nächste Mal etwas besser zuhören. Vielleicht habe ich auch zu schnell gesprochen.

Zu Antonio Bauen: Populismus. Ja, das kann man immer. Immer, wenn einem etwas nicht passt, dann ist es eben Populismus. Okay. Aber noch einmal: Wir sind daran, die Leute zu verlieren. Und wenn wir wollen, dass diese Massnahmen eingehalten werden, dann müssen die Leute diese Massnahmen verstehen. Dann können wir noch lange sagen, dass das Volk zu dumm sein oder dass es populistisch sei. Wenn das Volk nicht mehr mitmacht, dann haben wir alle verloren. Darum noch einmal: Das Warum dieser Massnahmen muss erklärt werden. Es hiess, man müsse loyal sei und ermutigen. Ja natürlich ermutigen wir. Aber wie kann ich ermutigen, wenn ich etwas nicht erklären kann? Ich bin eben nicht der Meinung, dass der Staat einfach nur befehlen sollte. Das habe ich auch als Offizier nicht so. Es geht nicht um das Befehlen, es geht um das Überzeugen. Und überzeugen kann ich nur, wenn ich ein Warum habe, wenn ich die Absicht kenne und wenn ich etwas erklären kann.

Ich bin dagegen, dass eine Regierung sagt: «So ist es, weil es ist so.» Und so ist es. Und da muss ich sagen: Es geht nicht darum, dass wir jetzt einfach nachplaudern, was die Regierung sagt. Das ist nicht die Aufgabe eines Parlaments, blinden Gehorsam zu machen, sondern es geht darum, dass wir weiterhin auch kritisch sind. Das ist genau das Wesen von uns und darum wurden wir hier auch gewählt, damit wir auch kritisch sind und nicht einfach blinden Gehorsam machen.

Noch einmal: Es hiess: «Was ist rational?» Natürlich ist es eine schwierige Aufgabe, aber diese Leute haben diese Aufgabe auch gewählt. Sie wurden gewählt, um diese Aufgabe zu übernehmen. Wer Führungsaufgaben übernehmen will, muss Verantwortung übernehmen. Punkt. Ja, es ist schwierig, aber man hat das auch gesucht.

Denken Sie einfach daran: Sie können es nachlesen. Es geht nicht um Verschwörungstheorien. Lesen Sie in «The Lancet» nach. Die Mediziner unter Ihnen wissen, was «The Lancet» ist. Lesen

Sie die neuen Artikel nach über Covid-19 «Unemployment and Suicide». Die Selbstmordraten gehen hoch. Der Drogenkonsum geht hoch. San Francisco hatte jetzt viermal mehr Drogentote als in den Vorjahren. Ist denn das akzeptabel? Wir haben Kollateralschäden. Beachten wir doch diese Kollateralschäden. Das ist es, was ich erwarte. Es geht nicht darum, hier irgendwie populistisch zu sein. Das ist so schwach ein solches Argument. Es geht darum, dass wir die Bevölkerung nicht verlieren und dass wir auch in Zukunft diese Massnahmen durchsetzen können, die notwendig sind. That's it. So einfach ist es. Fertig.

Präsident. Je passe la parole à M. le président du Conseil-exécutif.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Nous traitons ici quelque chose d'assez difficile, quelque chose qui nous charge depuis plus de douze mois. C'est une période où certainement nous n'avons jamais été autant dans le doute que durant ces douze mois. Je peux vous assurer que toutes les décisions que le Conseil-exécutif a dû prendre ont été prises après une très longue, très longue pesée d'intérêt. Aucune décision n'a été prise à la légère. Toutes ces décisions nous ont fait extrêmement mal : ce n'est pas de gaieté de cœur que nous avons dû fermer l'accès aux EMS, ce n'est pas de gaieté de cœur que nous avons demandé à nos hôpitaux d'interdire les visites, ce n'est pas de gaieté de cœur que nous avons fermé certaines branches économiques. Nous avons essayé et nous nous battons chaque jour pour prendre les mesures les plus adaptées à la situation dans notre canton.

Vous demandez que seules des mesures soient prises qui ont prouvé leur efficacité, que les faits soient vérifiables. C'est bien ce que nous avons essayé de faire. Pour beaucoup de mesures il était difficile – même à l'avance – de pouvoir connaître leur efficacité. Avec ce que nous savons aujourd'hui, chers députés, eh bien, nous n'ouvririons pas les restaurants en ce moment. Je vous invite, si quelqu'un a le moindre doute à ce sujet-là, à prendre dix minutes pour analyser les courbes de la pandémie dans le canton de Berne et dans le reste de la Suisse romande. Ces chiffres sont parlants, pas besoin d'être mathématicien pour les comprendre, le graphique parle de lui-même.

C'est une situation que je regrette beaucoup personnellement, parce que manger des sandwiches pendant deux mois, je peux vous dire que ce n'est pas très sympathique – ça c'est pour l'anecdote... Donc, croyez-moi, tout ce que nous essayons de mettre en œuvre, on essaie de le mettre en œuvre avec mesure et avec une pesée des différents intérêts.

Aujourd'hui, la situation s'est détendue dans les hôpitaux, c'est vrai. Aujourd'hui, nous avons moins de personnes hospitalisées, c'est un excellent premier pas. Aujourd'hui, la situation semble se détendre dans les EMS. Il est peut-être encore un tout petit peu trop tôt pour pouvoir dire fermement que c'est grâce à la campagne de vaccination. Restons donc prudents. Aujourd'hui, les vaccins arrivent. Plus de 130 000 piqûres ont été faites dans le canton de Berne jusqu'à ce jour. Ils nous en reste quelques milliers en stock, nous attendons avec impatience les prochaines livraisons. N'allons pas mettre en péril maintenant cette situation pour nous retrouver dans la situation dans laquelle se trouvent quelques pays qui nous environnent. Je crois qu'il est important de rester prudent.

Mesdames et Messieurs, lorsque vous prenez ce genre de mesures, nous avons essayé de communiquer du mieux que l'on peut. Oui, certainement, nous n'avons pas tout fait juste, oui, certainement, nous avons pris des mesures qui n'étaient peut-être pas les bonnes mesures, oui, nous allons devoir continuer de nous poser ce genre de questions, j'en suis convaincu. Mais tout est mis en œuvre pour que notre pays puisse traverser cette crise du mieux qu'elle le peut. Et si vous prenez aujourd'hui la situation suisse, eh bien, je crois que nous pouvons être fiers d'être Suisses, nous pouvons être fiers d'être dans le pays où nous sommes et nous pouvons aussi – c'est peut-être un peu prétentieux de ma part – être fiers d'être bernois, les chiffres nous le prouvent. Mais cette situation est extrêmement fragile et nous devons continuer d'être très prudents.

Aujourd'hui, les mesures ne sont plus prises par le Conseil-exécutif, elles sont prises par la Confédération, toutes les différences que nous avons avec la Confédération sont supprimées au fur et à mesure que la Confédération prend ses décisions. Mais je crois qu'il est important que nous fassions encore un effort durant les trois, quatre prochains mois pour que cette campagne de vaccination puisse se dérouler du mieux possible, de manière à ce que nous puissions ensuite avoir de vraies perspectives.

Mesdames et Messieurs, chaque mesure a été pesée. Elle n'a pas été pesée uniquement à l'aune de la santé, nous avons aussi tenu compte des intérêts de la politique sociale et économique. Je suis parfaitement conscient que les dégâts que nous causons par nos mesures vont avoir un impact pendant de nombreux mois, de nombreuses années. Je suis extrêmement soucieux pour notre jeu-

nesse, pour toutes les personnes qui étudient, qui font un apprentissage, et qui se retrouvent en ce moment avec des perspectives nettement amoindries. Mais je peux vous assurer que le Conseil-exécutif suit chacune de ces évolutions avec beaucoup, beaucoup d'intérêt. Nous avons mis de nombreux moyens à disposition pour informer la population, que ça soit au travers des nombreux points de presse que nous avons organisés, ou au travers de notre site Internet qui a des visites qui se chiffrent en millions, pour les lignes téléphoniques que nous avons mises à disposition de manière à pouvoir donner la meilleure information possible. Nous sommes en contact permanent avec les directeurs de la santé toutes les semaines par des conférences téléphoniques. Tous les mois ou tous les deux mois avec l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), le Département fédéral de l'intérieur. Nous rencontrons téléphoniquement toutes les villes du canton de Berne toutes les semaines. Toutes les semaines, nous informons l'ensemble des prestataires de service dans le domaine de la santé.

Mesdames et Messieurs, cette crise va nous occuper encore pendant bien longtemps. Je crains que la crise sanitaire ne soit que le hors-d'œuvre de ce qui nous attend. Mesdames et Messieurs, nous aurons besoin que tous ensemble, tous, quels que soient nos avis politiques, nous tirions à la même corde pour que notre pays, notre canton puisse retrouver le plus rapidement la situation qui était la sienne avant cette crise. Mais encore une fois : l'évolution de cette pandémie est extrêmement difficile à prévoir. Aujourd'hui les chiffres parlent d'une recrudescence des cas, et quelle sera la suite de ces ouvertures ? Personne ne saurait le dire avec conviction. Mais nous continuerons d'agir en faveur de la société, et en faveur de la société dans son ensemble. Mesdames et Messieurs, encore une fois : nous ne prétendons pas avoir fait tout juste. Nous avons certainement fait de nombreuses erreurs, nous avons certainement pris de nombreuses mauvaises décisions. Mais sachez que tant à notre niveau qu'au niveau fédéral, tout le monde est engagé au-delà de ses forces pour trouver les meilleures solutions pour traverser cette phase difficile. Mesdames et Messieurs, c'est pourquoi je vous invite à accepter cette motion, mais également à la classer.

Präsident. Dann schreiten wir zur Beschlussfassung. Traktandum 67, Motion von Grossrat Mathias Müller «Corona: Nur nachvollziehbare Schritte werden auch befolgt». Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.357)

Vote (2020.RRGR.357)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 105

Nein / Non 36

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie stimmen dieser Motion zu, mit 105 Ja zu 36 Nein bei 6 Enthaltungen.

Dann kommen wir noch zur Frage der Abschreibung. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer die Abschreibung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.357; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.357 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 104

Nein / Non 40

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie schreiben diese Motion ab, mit 104 Stimmen gegenüber 40 Nein bei 2 Enthaltungen.

